



Erklärung des WLV-Vorstandes zur Situation auf dem Milchmarkt

Die Situation unserer Milchbauern ist seit rund 15 Monaten äußerst angespannt und zum Jahresanfang 2016 existenzgefährdend. Ursache ist dafür der seit Sommer 2014 deutlich schwächere Milchmarkt, der insbesondere durch eine verhaltene Nachfrage und ein hohes Angebot gekennzeichnet ist. Aktuell erhalten die Milchbauern für den Liter Milch einen Grundpreis zwischen 24 und 27 Cent. Dieser Preis deckt nicht einmal die Produktionskosten. Zudem belasten die Auswirkungen des russischen Importembargos sowie der hoch konzentrierte deutsche Lebensmitteleinzelhandel mit seiner Niedrigpreisstrategie den heimischen Milchmarkt. Auch viele Molkereien tragen mit ihrer einseitigen Geschäftspolitik nicht zur Entlastung der Situation bei. Die Milchbauern brauchen jetzt entschlossene Schritte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im Markt, sonst werden viele Betriebe aufgeben müssen.

Im Einzelnen fordert der WLV-Vorstand

die Molkereien und den Lebensmitteleinzelhandel dazu auf, im Hinblick auf die krisenhafte Situation für die Milchviehhalter eine Verantwortungspartnerschaft zu schließen. Das gemeinsame Ziel beider Marktakteure muss es jetzt sein, die Erzeugerpreise für Milch zu stabilisieren. Eine weitere Preissenkung würde für zahlreiche Milchviehbetriebe den wirtschaftlichen Ruin bedeuten. Gemeinsam tragen deshalb Molkereien und der LEH eine große Verantwortung für eine zukunftsfähige Milchwirtschaft in Deutschland. Die in Kürze beginnenden Preisverhandlungen bei Trinkmilch zwischen den Molkereien und dem LEH bieten eine sehr gute Gelegenheit, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Aber auch die Verwertungen wie z.B. für Käse müssen dringend stabilisiert werden.

die nationale Politik auf, weitere Maßnahmen zur Unterstützung und Überbrückung der schwierigen Einkommens- und Erlössituation unserer Bauernfamilien zu beschließen. Wenn wie im Fall des Russlandembargos auch durch politische Entscheidungen Marktkrisen entstehen, muss zu deren Bewältigung auch politische Unterstützung erfolgen. Notwendig ist ein spürbar wirksames Liquiditätshilfeprogramm sowie Entlastungsmaßnahmen im steuerlichen Bereich. Die Einführung der Risikoausgleichsrücklage würde grundsätzlich die Liquidität der Betriebe in Jahren mit betrieblichen Verlusten verbessern. Direkte staatliche Eingriffe in den Milchmarkt dürfen nicht vorgenommen werden.

die europäische Politik auf, den Interventionspreis moderat zu erhöhen, damit das untere Sicherheitsnetz nicht „zu spät“ greift. Zudem muss die Verbesserung des Marktzuganges zu Drittstaaten durch den beschleunigten Abschluss bilateraler Handelsabkommen sowie den Abbau veterinärer Handelshemmnisse erreicht werden. Dies gilt insbesondere für Länder mit hohen Absatzpotentialen im Milchbereich.

Der WLV-Vorstand ruft darüber hinaus die **Milcherzeuger und ihre Molkerei** dazu auf, die Diskussion über die bisherigen Liefer- und Vertragsbeziehungen aufzunehmen. Dazu gehören Diskussionen u.a. über Kündigungsfristen, Andienungs- und Abnahmeverpflichtungen, Kapitalbindung und Preisabsicherungsmöglichkeiten sowie eine verbindlichere Mengenplanung für das Molkereiunternehmen.

Der WLV stellt jedoch klar, dass die Ausgestaltung der Lieferbeziehungen Sache der Marktakteure bleiben muss, es bedarf keiner politischen Vorgaben oder Eingriffe.

Münster, den 9.03.2016